

EUER REICHTUM KOTZT UNS AN.

UMVERTEILUNG JETZT!

Beschlüsse der Juso-Landeskonferenz 2023

10./11. Juni 2023 Heiligenstadt

Inhaltsverzeichnis

A1	ARBEITSPROGRAMM DER JUSOS THÜRINGEN: 2023 BIS 2025 _____	3
A2	RICHTLINIE DER ARBEITSGEMEINSCHAFT DER JUNGSOZIALIST:INNEN IN DER SPD THÜRINGEN - JUSOS THÜRINGEN _____	8
D3	REICHSBÜRGERBEWEGUNG BEKÄMPFEN: STAATSVERLEUGNUNG MIT VOLKSVERHETZUNG GLEICHSTELLEN _____	11
D4	ENTKRIMINALISIERUNG DES ROTE HILFE E.V. _____	12
E1	INTERNATIONALISTISCH INTEGRIERT IN DIE EUROPAWAHL _____	12
E2	FESTUNG EUROPA SCHLEIFEN. _____	13
I3	DIE POLIZEI DEIN FREUND UND/ODER TÄTER _____	14
I4	ERWEITERTER KULTURPASS FÜR THÜRINGEN _____	17
K3	STÄRKUNG DER KOMMUNALEN FINANZEN – BEIBEHALTUNG DER BISHERIGEN HEBESÄTZE FÜR DIE GRUNDSTEUER IM RAHMEN DER GRUNDSTEUERREFORM__	17
K4	BLÜHENDE LANDSCHAFTEN STATT RUINEN IM LÄNDLICHEN RAUM _____	17
M1	49 EURO SIND KEINE ENTLASTUNG! - THÜRINGER JUGENDTICKET JETZT! _____	18
M2	ALKOHOL AUS DEM VERKEHR ZIEHEN _____	19
Q1	DAS PATRIARCHAT KOTZT UNS AN! _____	19
S4	24-7-PFLEGE: DEN "GRAUEN PFLEGEMARKT" AUSTROCKNEN! _____	23
Z1	EINE HYMNE FÜR UNS! _____	24
INI 1	EUER REICHTUM KOTZT UNS AN. UMVERTEILUNG JETZT! _____	24
INI 2	MENSCHENUNWÜRDIGE ZUSTÄNDE BEI DER UNTERBRINGUNG VON GEFLÜCHTETEN BEENDEN! _____	25

A1 | Arbeitsprogramm der Jusos Thüringen: 2023 bis 2025

Wir sind die Generation Krise: Weltfinanzkrise, Staatsschuldenkrise, dramatische Fluchtbewegungen, die Klimakrise, die Corona-Pandemie und die massive Inflation bei Energie- und Lebensmittelpreisen. Als Thüringer Jungsozialist:innen wollen wir dieser Generation, diesen jungen Menschen eine laute Stimme geben!

Unsere Grundsätze!

Wir sind ein sozialistischer, queerfeministischer und internationalistischer Richtungsverband! Darüber hinaus fühlen wir uns im besonderen Maße dem Antifaschismus verpflichtet.

Die Jusos Thüringen stehen für (Jung-)Sozialismus

Als Sozialist:innen bauen wir auf eine marxistische Gesellschaftsanalyse. Mittelpunkt unseres materialistischen Gesellschaftsbildes ist es, dass nach unserem Verständnis das gesellschaftliche Sein das gesellschaftliche Bewusstsein konstituiert. Der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit ist der Ausgangspunkt für Ungleichheit und Ungerechtigkeit. Daher streben wir eine Überwindung der kapitalistischen Verhältnisse an. Durch antikapitalistische Strukturreformen wollen wir die Machtverhältnisse in der Gesellschaft umkehren und Kapitalkonzentrationen auflösen. In diesem Kontext stellen wir die Verteilungsfrage und erarbeiten Ideen zur gesellschaftlichen Umverteilung von Oben nach Unten und von West nach Ost. Gerechte Erbschafts- und Vermögenssteuersysteme, das bedingungslose Grunderbe und die Verhinderung von Steuerschlupflöchern zählen zu unseren Kernanliegen.

Sozialismus verstehen wir als Prozess, der fortlaufend an der Befreiung der Menschen aus ihren materiellen Zwängen arbeitet. Im Zuge dieses Prozesses wirken wir mit den progressiven gesellschaftlichen Kräften zusammen, um als Brücke zwischen Gesellschaft und Politik für gesellschaftliche Mehrheiten und politische Veränderung zu kämpfen. Wichtige Partner:innen sind dabei die Gewerkschaften. Mit Ihnen streiten wir für konkret Forderungen wie beispielsweise die Vier-Tage-Woche oder ein allgemeingültiges Jugendticket. Wir verstehen die Gewerkschaften als unsere engen Partner:innen, für uns ist klar, wer Juso ist, gehört in die Gewerkschaft!

Wir stehen für einen demokratischen Sozialismus ein, denn Demokratie ist Mittel und Zweck unserer Bestrebungen. Die volle Verwirklichung demokratischer Zustände kann jedoch nur in einer sozialistischen Gesellschaft gelingen. Unser Anspruch bleibt daher die Demokratisierung aller Lebens- und Wirtschaftsbereiche.

Die Klimakrise ist auch eine kapitalistische Krise. Die globale Erwärmung bedroht die Lebensgrundlage der Menschheit in einem bisher unbekanntem Ausmaß. Der Raubbau an Mensch, Tier und Natur, die Zerstörung von Lebensräumen und die Vermüllung der Umwelt sind die Folge kapitalistischen Wirtschaftens und mangelnder Ordnungspolitik – für uns steht damit fest: *system change not climate change!*

Zu unserem Sozialismus-Verständnis gehört es, dass wir den sich fortschreitenden gesellschaftlichen Individualisierungsprozess kritisieren. Neoliberales Gedankengut der Selbstoptimierung lehnen wir konsequent ab. Stattdessen pochen wir auf ein solidarisches und sozialistisches Gemeinschaftsdenken. Das fängt für uns bei einer modernen Bildungspolitik an, die nicht auf der kapitalistischen Verwertungslogik fußt.

Die Jusos Thüringen stehen für Queerfeminismus

Als queerfeministischer Richtungsverband ist ein vorrangiges Ziel unserer politischen Arbeit die Überwindung des Patriarchats. Wir fordern die vollständige Gleichstellung der Geschlechter und wollen ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass die vermeintliche Binarität unserer Gesellschaft eine nicht der Realität entsprechende, diskriminierende Konstruktion ist.

FINTA*-Personen sind viel zu häufig Stigmatisierung, Sexualisierung, allgemeiner Benachteiligung sowie einer deutlichen Unterrepräsentierung ausgesetzt. Männerrunden und Männerbünde lehnen wir konsequent ab. Sie haben weder innerverbandlich noch gesellschaftlich eine Existenzberechtigung. Stattdessen

setzen wir uns für eine diverse Gesellschaft, die insbesondere die Perspektiven von FINTA*-Personen bespielt und Räume für alle Menschen schafft, die sich nicht als Männer verstehen. Zu diesen Perspektiven gehört auch die Care-Arbeit. Noch immer leisten FINTA* Unmengen an unbezahlter Arbeit – im Haushalt und in der Familie. Wir wollen uns für eine Bezahlung der Care-Arbeit als ein wichtiger Teil der Umverteilungsdebatten stark machen.

Die Jusos Thüringen stehen für „my body – my choice“. Deshalb fordern wir nach der Abschaffung des § 219a auch die Streichung der §§ 218 und 219 aus dem Strafgesetzbuch. Abtreibung ist ein Menschenrecht und kein Straftatbestand.

Wir setzen uns für sicheres und freies queeres Leben in Thüringen ein. Dabei begleiten wir nicht nur die CSDs, sondern beschäftigen uns auch inhaltlich intensiv mit queeren Themen. So werden wir das neue Selbstbestimmungsgesetz kritisch begleiten: jeder Mensch hat ein Recht auf ein selbstbestimmtes Leben. Für uns ist Trans-Exclusionary Radical Feminism (TERF) kein Teil von (Queer-) Feminismus, wir bekämpfen ihn.

Die Jusos Thüringen stehen für Internationalismus

Als internationalistischer Richtungsverband ist uns klar, dass die Vielzahl der Krisen und Herausforderungen nicht an künstlichen nationalen oder kontinentalen Grenzen halt macht. Soziale Ungleichheit, patriarchale und imperiale Strukturen oder die Klimakrise lassen sich nicht in Nationalstaaten lösen. Wir stehen dabei für internationale Politik auf Augenhöhe, die sich gemeinsam mit unseren internationalen Partner:innen für eine bessere Welt einsetzt. Politik formulieren wir konsequent für eine Weltgemeinschaft, ohne die Interessen von Menschen aus verschiedenen Teilen der Welt gegeneinander auszuspielen. Grundsätzlich verstehen wir uns als antimilitaristischer Verband, der für eine Welt kämpft, in der Konflikte dialogisch im Rahmen des Völkerrechts und nicht mit Waffengewalt gelöst werden. Im Rahmen des Rechts auf Selbstverteidigung unterstützen wir angegriffene Länder, wie u. a. die Ukraine, konsequent im Kampf gegen imperialistische Aggressor:innen.

Als Jusos Thüringen bekennen wir uns in diesem Sinne zu einem föderalistischen Europa, in dem paneuropäische Solidarität, Demokratie, Nachhaltigkeit und Rechtsstaatlichkeit großgeschrieben werden. Dazu gehören langfristig die Vision der Vereinigten Staaten von Europa sowie kurzfristig die Einführung des Prinzips der Mehrheitsentscheidung in den EU-Strukturen. Wir bekämpfen autoritäre, nationalistische Töne in Thüringen, in Europa und International. Besondere Bedeutung wird zudem den europäischen sicherheitspolitischen Debatten zukommen, die durch den russischen Angriffskrieg auf Europa bestimmt werden.

Wir setzen uns im Zuge unserer internationalistischen Arbeit kritisch mit der Außenpolitik der Bundesrepublik und der EU auseinanderzusetzen. Diesbezüglich wollen wir uns insbesondere mit den Folgen der Kolonialzeit und mit einer progressiven Migrations- und Integrationspolitik beschäftigen. Für uns gilt: Kein Mensch ist illegal – das muss sich auch an den Grenzen der Bundesrepublik und der EU zeigen. Deutschland ist ein Einwanderungsland, deshalb setzen wir uns für ein liberales Asyl-, Einwanderungs- und Staatsangehörigkeitsrecht ein und skandalisieren die bestehenden Zustände vor Ort.

Unseren Mitglieder wollen wir Wege aufzeigen, sich auch bei den internationalen Partner:innenorganisationen, den Young European Socialists (YES) und der International Union of Socialist Youth (IUSY) zu engagieren. Gleiches gilt auch für das Willy-Brandt-Center Jerusalem (WBC) dieses Projekt unterstützen wir als Verband.

Unser Verhältnis zur SPD

Die Jusos Thüringen sehen sich als eigenständiger politischer Jugendverband. Wir haben einen allgemeinen politischen Anspruch und wollen politische Veränderungen erwirken. Als Teil der Sozialdemokratie sind wir Teil der Arbeiter:innenbewegung. Die SPD Thüringen ist für uns das Mittel, um Inhalte, die wir beraten und beschließen in konkretes politisches Handeln umzusetzen. Aufgrund dessen wirken wir auch in diese hinein und sind mit ihr in kritischer Solidarität verbunden.

Wir sind der festen Überzeugung, dass wirkliche Veränderungen hin zu mehr linker Politik nur mit Personen möglich ist, die diese Inhalte auch glaubhaft aus einem intrinsischen Antrieb heraus vertreten. Diese Analyse bestätigen auch die Erfahrungen, die wir mit der SPD Thüringen in den vergangenen Jahren gemacht haben. Wir, die Jusos sind der inhaltliche Motor, das linke Korrektiv und der kampagnenfähige Teil der SPD. Dieser Realität trägt die SPD nicht im geeigneten Maße Rechnung.

Für uns besteht kein Selbstzweck in dem Erhalten von Strukturen, die inhaltlich und personell gegen Juso-Interessen ausgerichtet sind und arbeiten. Wir werden in den nächsten zwei Jahren den Druck auf die SPD erhöhen. Wir gehen nicht für konservativen Scheiß auf die Straße, der unseren Positionen diametral entgegensteht. Das gilt genauso für Kandidierende, die solche Positionen vertreten. Wir als Jusos Thüringen kämpfen für eine Gesellschaft der Freien und Gleichen. Wenn die SPD Thüringen oder einzelne Personen nicht diesem Anspruch entsprechend handeln, werden wir diesem entgegentreten und widersprechen auch öffentlich.

Wir haben viel vor!

Wir alle sind ehrenamtlich unterwegs und verbringen neben Schule, Ausbildung, Studium und Arbeit viel Zeit mit unserem Engagement. In den kommenden zwei Jahren haben u.a. folgendes vor:

Bildungsarbeit und Orga

Trotz der vielen Wahlkämpfe darf und wird die politische Bildungsarbeit nicht zu kurz kommen, denn das macht die Jusos Thüringen aus. Wir wollen unsere Utopien weiterdenken und neue Ideen entwickeln.

Unser Ziel ist es, möglichst frühzeitig die Veranstaltungsplanung bekanntzugeben, damit möglichst viele Interessierte sich die Termine freihalten können. Allerdings muss manchmal Planung auch unvorhersehbar kurzfristig geändert werden und andere Themen drängen sich dafür aufgrund von Debattenlagen kurzfristig auf.

Bei unseren Bildungsveranstaltungen setzen wir auf Diskussionsrunden, Seminare und Workshops sowie Thementage und Seminarwochenenden. Besonders hervorheben wollen wir in diesem Kontext das jährliche traditionelle Auftaktwandern in Gießübel, die Neumitgliederseminare und einzelne Qualifizierungsseminare, die wir anbieten wollen. Darüber hinaus versuchen wir, ein Beethoven-Camp zu organisieren und prüfen Möglichkeiten, auf eine internationale Bildungsreise zu gehen. Das Ziel ist es allen Jusos das nötige Wissen zu vermitteln, um sich selber in den Verband einbringen zu können und eigene Ideen verfolgen und umsetzen zu können.

Wir wollen auf einen Mix aus Digitalen- und Präsenz-Veranstaltungen setzen, da nicht alle überall hinkommen können. Wo immer es möglich und sinnvoll ist, wollen wir hybride Formate nutzen. Jegliche Fahrtkosten übernimmt der Landesverband.

Wahlkämpfe

2024 sowie 2025 stehen für Thüringen entscheidende Wahlkämpfe an.

Als internationalistischer Verband werden wir mit Blick auf die Europawahl unsere Idee eines solidarischen Europas formulieren. Wir wollen keine Festung Europa, sondern ein demokratisches Zukunftsprojekt mit mehr europäischer Integration.

Im Zuge der Kommunalwahlen wollen wir viele Jusos in die Ortsteil-, Gemeinde- und Stadträte sowie Kreistage bringen. Wir wollen im Rahmen einer Kampagne unsere Ideen für ein besseres Zusammenleben vor Ort präsentieren. Als Jusos wollen wir Verantwortung übernehmen für unsere Ortsteile, Städte, Gemeinden und Kreise!

Den Landtagswahlkampf werden wir nutzen, um jungen Menschen in Thüringen unsere Überlegungen für ein Thüringen von morgen vorzustellen. Wir zeigen klare Kante gegen rechte Umtriebe und streiten für progressive, linke Bündnisse.

Auch für die Bundestageswahl werden wir eine Jugendkampagne für mehr Thüringer Perspektiven auf Bundesebene erarbeiten.

Arbeitskreise

In den kommenden zwei Jahren wollen wir die inhaltliche Arbeit im Landesverband etwas strukturierter angehen. Hierfür planen wir thematisch abgesteckte Arbeitskreise, die sich intensiver mit der Entwicklung jungsozialistischer Ideen auseinandersetzen und tagespolitische Aspekte aufgreifen. Die Strukturen werden durch den Landesvorstand betreut, bauen aber auf der Mitarbeit aller interessierten Mitglieder auf. Die Organisation und die konkrete thematische Aufstellung obliegen den Arbeitskreisen selbst.

Angedacht sind insbesondere Arbeitskreise zu den Themen „Klima und Umwelt“, „Europa und Internationales“, „Antifa und Antira“, „Ostdeutsche Identität“ und „Umverteilung jetzt“.

Frauen-, Intersexuelle-, Nonbinäre-, Transsexuelle-, Agender-Vernetzung (FINTA*-Vernetzung)

Die Vernetzung der FINTA*-Personen unseres Verbandes dient dem gegenseitigen Empowern. In einer geschützteren Atmosphäre kann sich über die politische Arbeit ausgetauscht und Banden gebildet werden. Die FINTA*-Vernetzung erarbeitet selbstständig gleichstellungspolitische und feministische Positionen und vernetzt sich mit queeren und (queer-)feministischen Bündnissen und Initiativen. Sie arbeitet frei von thematischen Einschränkungen – alles kann politisch sein, alles kann queerfeministisch diskutiert werden. Die FINTA*-Vernetzung ist dabei trans:inklusiv. Im Rahmen der FINTA* Vernetzung wird einmal im Jahr ein gemeinsames Wochenende stattfinden.

Kommunalvernetzung (KommV)

Einige Jusos übernehmen schon jetzt Verantwortung in den Kommunen und viele andere haben selbiges noch vor. Die KommV soll Möglichkeiten des Austauschs und der Diskussion über verschiedene Ansätze zur Umsetzung jungsozialistischer Politik geben. Neben best-practice-Beispielen wollen wir hier in konkreten Politikfeldern jungsozialistische Kommunalpolitik entwickeln. Aber hier soll auch Raum für gegenseitiges Empowern sein, um kommunalpolitisch Engagierte für die Arbeit vor Ort zu stärken. Anspruch der KommV ist es, regelmäßige digitale und Präsenztreffen abzuhalten.

Antifa-bleibt-Handarbeit

Als antifaschistischer Verband werden wir mit antifaschistischen Initiativen und Gruppen zusammenarbeiten. Wir stellen uns den Faschist:innen überall in den Weg, organisieren Demos, Kundgebungen Protestaktionen und Bildungsveranstaltungen in ganz Thüringen. Als Landesverband rufen wir zur Teilnahme an Aktionen gegen Rechts auf und unterstützen, wo wir können.

Wir werden auch künftig den antifaschistischen und antirassistischen Ratschlag Thüringen finanziell, organisatorisch und inhaltlich unterstützen. Auch darüber hinaus klären wir gemeinsam mit Bündnispartner:innen über rechte Strukturen in Thüringen auf.

Juso-Hochschulgruppen (JHG)

Die Juso-Hochschulgruppen an den Thüringer Hochschulen sind autonome Arbeitsgruppen, denen auch Nicht-Jusos beitreten können. Sie setzen sich vorrangig mit Hochschul- und Wissenschaftsthemen auseinander und streiten für bessere Bedingungen im Hochschul- und Forschungsalltag. Die Juso-Hochschulgruppen wählen selbstständig ihre Landeskoordination. Diese kann ein Mitglied in den Juso-Landesvorstand entsenden, das kooptiert wird.

Juso-Schüler:innen und Auszubildenden-Gruppe (JSAG)

Unser Anspruch ist es, wieder eine Struktur der Schüler:innen und Auszubildenden innerhalb der Jusos Thüringen zu etablieren. Als eigenständige Gruppe soll sie besonders für eine bessere Schul- und Ausbildungspolitik streiten. Bei der Reaktivierung der JSAG unterstützt der Landesvorstand personell, inhaltlich

und organisatorisch. Die JSAG kann ein Mitglied in den Juso-Landesvorstand entsenden, das kooptiert wird.

Solidarisch as fuck!

In unserem Kampf für eine Gesellschaft der Freien und Gleichen sind wir nicht allein. Wir sind Solidarisch miteinander, mit unseren Bündnispartner:innen und halten zusammen:

Kreisverbände und regionale Vernetzung

Die Juso-Kreisverbände sind der erste Anlaufpunkt für Engagierte vor Ort. Sie sind die Stütze jedes jung-sozialistischen Engagements. Unser Ziel ist es, in allen Landkreisen und Regionen aktive Juso-Strukturen aufzubauen und vorhandene zu verstetigen. Der Landesverband bietet dabei organisatorische Unterstützung an.

Wir wollen zudem die regionale Zusammenarbeit verbessern und die Möglichkeit geben, gemeinsam Projekte zu planen oder Aktionen zu starten. Hier hilft der Landesverband organisatorisch und finanziell.

Darüber hinaus wollen wir zu jedem Landesausschuss gleichzeitig eine Kreisvorsitzendenkonferenz einberufen, um uns regelmäßig auch in größerer Runde auszutauschen.

Pat:innensystem

Der Juso-Landesvorstand wird das Pat:innensystem fortführen. Jedem Juso-Kreisverband wird ein Mitglied des Landesvorstandes als Vertrauensperson zur Seite gestellt. Durch dieses Prinzip soll ein guter Informationsfluss zwischen Landesverband und Kreisverbänden organisiert werden. Grundsätzlich bleibt es jedoch die gemeinsame Aufgabe des Landesvorstandes und der Kreisvorstände und -sprecher:innen, für Mitglieder ansprechbar zu sein und Informationen zur Verfügung zu stellen.

Arbeiter:innenjugend

Die Jusos Thüringen verstehen sich als Teil der Arbeiter:innenjugendbewegung. So versteht es sich von selbst, dass Jusos auch Gewerkschaftsmitglieder sind.

Wir sind aktiver Teil des Beethovenkreises und pflegen unsere Verbandsfreund:innenschaften zu den DGB-Jugenden, der Naturfreund:innenjugend, dem Bund Deutscher Pfadfinder:innen, dem Jugendwerk der AWO und den Falken. Gemeinsam streiten für ein solidarisches Thüringen und gegen die Ungerechtigkeiten in dieser Welt.

Thüringen im Bundesverband

Als kleinerer Landesverband haben wir es in den vergangenen Jahren geschafft, den Bundesverband durch starke inhaltliche Arbeit voranzubringen. Das wollen wir in den kommenden zwei Jahren fortsetzen. Wir werden an den Vernetzungs- und Empowermentprogramme des Bundesverbands teilnehmen und unseren Mitgliedern die Möglichkeit zu geben, sich zu vernetzen, sich weiterzubilden und dieses Wissen mit nach Thüringen zu bringen.

Als Teil der Ostvernetzung werden wir die Thüringer Perspektive auf den thematischen Verbandswochenenden und bei dem jährlich stattfindenden Bundeskongress vertreten.

Kommunikation, Arbeitsweise und Diversität im Verband

Als Jusos nehmen wir kein Blatt vor den Mund und sind mit unserer Kritik und unseren Meinungen lautstark. Social Media und Öffentlichkeitsarbeit sind neben der direkten Ansprache unsere Mittel, um junge Menschen anzusprechen. Neben der Homepage nutzen wir dazu mehrere Social-Media-Plattformen und Kanäle, um über unsere Arbeit, Ziele, Positionen und Veranstaltungen Mitglieder und Interessierte sowie die politische Öffentlichkeit zu erreichen.

Diese Klarheit in der Kommunikation gilt aber auch nach innen: Wir stehen für eine solidarische Diskussionskultur, setzen auf Awarenessarbeit bei allen Veranstaltungen und pflegen eine hierarchiearme Verbandskultur. Als queerfeministischer Richtungsverband achten wir besonders auf ausgeglichene Geschlechterverhältnisse, Redeanteile von Männern und eine Atmosphäre, in der sich alle aktiv beteiligen können, ohne ausgegrenzt zu werden.

Die Jusos sollen ein Abbild der Gesellschaft sein und ihre Diversität widerspiegeln. Es ist uns ein Anliegen, diese Vielfalt auch in unserem Verband zu repräsentieren und zu leben. Diesem Anspruch werden wir derzeit noch nicht gerecht. Daher wollen wir uns in den kommenden zwei Jahren dafür einsetzen, mehr FINTA*-Personen, BIPOCs, Schüler:innen, Auszubildende und junge Arbeitnehmer:innen zu gewinnen und einzubinden.

A2 | Richtlinie der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialist:innen in der SPD Thüringen - Jusos Thüringen

Richtlinie der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialist:innen in der SPD Thüringen - Jusos Thüringen

§ 1 Name und Sitz

Der Landesverband führt den Namen Jungsozialist:innen in der SPD Thüringen (Jusos Thüringen). Die Jusos Thüringen sind eine Arbeitsgemeinschaft im Sinne des Organisationsstatutes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Das Tätigkeitsgebiet des Verbandes ist der Freistaat Thüringen. Sein Sitz ist Erfurt.

§ 2 Mitgliedschaft

(1) Den Jusos Thüringen gehören alle Mitglieder der SPD Thüringen bis zur Vollendung des 35. Lebensjahres an.

(2) Bei den Jusos Thüringen können Menschen bis zum vollendeten 35. Lebensjahr ohne Mitgliedschaft in der SPD die vollen Mitgliedsrechte auf allen Ebenen wahrnehmen, wenn sie den Jusos gegenüber ihre Mitarbeit textlich erklären und keine Unvereinbarkeit gemäß § 6 Organisationsstatut der SPD besteht. Über die Aufnahme der „Mitarbeitenden“ entscheidet der Vorstand der untersten vorhandenen Gliederungsebene.

(3) Werden Personen vor ihrem 35. Geburtstag in Funktionen der Jusos Thüringen gewählt, so können sie diese Funktionen bis zum Ende ihrer Amtsperiode ausüben.

(4) Die Tätigkeit aller Juso-Mitglieder unterliegt der Schiedsgerichtsbarkeit der Partei.

(5) Vertreter:innen der Jusos Thüringen in Gremien der Partei müssen in jedem Fall Mitglied der SPD sein.

§ 3 Aufbau und Gliederung

(1) Der Organisationsaufbau der Jusos Thüringen entspricht dem der Thüringer SPD.

(2) Das Tätigkeitsgebiet der Kreisverbände entspricht dem der SPD-Kreisverbände. In Kreisen ohne Kreisverband nimmt der Landesverband die Aufgaben des Kreisverbandes wahr.

(3) Mit Zustimmung des Landesvorstandes können sich benachbarte Kreisverbände zusammenschließen.

(4) Alle Gliederungsebenen können Arbeitskreise und Projektgruppen für besondere Aufgaben bilden. Diese wählen sich eine/n Sprecher/in für höchstens zwei Jahre.

(5) Juso-Hochschulgruppen sind Projektgruppen des Landesverbandes. Sie müssen aus mindestens drei aktiven Mitgliedern bestehen. Im Bereich einer Hochschule darf es nur eine Juso-Hochschulgruppe geben.

(6) Projektgruppen des Landesverbandes bedürfen der Anerkennung durch den Landesvorstand.

§ 4 Organe des Landesverbandes

Organe der Jusos Thüringen auf Landesebene sind

(1) die Landeskonzferenz,

(2) der Landesausschuss,

(3) der Landesvorstand.

§ 5 Landeskonzferenz

(1) Die Landeskonzferenz ist das oberste beschlussfassende Gremium der Jusos Thüringen. Sie hat insbesondere folgende Aufgaben:

- Kontrolle der Arbeit des Landesvorstandes und Landesausschusses, insbesondere die Entgegennahme der Berichte sowie die Beschlussfassung über die Entlastung des Landesvorstandes,
- Beschlussfassung über die gestellten Anträge,
- Wahl des Landesvorstandes, des ordentlichen und stellvertretenden Bundesausschussmitgliedes und der Delegierten zum Bundeskongress aller zwei Jahre.

(2) Die Landeskonzferenz findet als Delegiertenkonferenz statt und setzt sich zusammen aus höchstens 70 von den Kreisverbänden gewählten stimmberechtigten Delegierten. Hierbei entfällt auf jeden Kreisverband ein Grundmandat. Die übrigen Mandate werden nach dem Hare-Niemeyer-Verfahren, gemäß der Mitgliederstärke verteilt. Hierbei bleiben die Kreisverbände unberücksichtigt, auf deren Delegiertenzahl bei der Anwendung von Hare-Niemeyer auf die Gesamtdelegiertenzahl lediglich ein Mandat oder weniger entfallen würde. Die Regelungen des § 5 Abs. 3 gelten entsprechend.“

(3) Die Delegierten sind mindestens aller zwei Jahre auf einer Mitgliedervollversammlung der Kreisverbände in geheimer Wahl zu wählen. Die Meldung der Delegierten durch die Kreisverbände muss spätestens vier Wochen vor Beginn der Konferenz erfolgen, und mit einem Wahlprotokoll belegt werden. Wenn Kreisverbände keine Delegierten melden bzw. die Dauer von zwei Jahren überschritten wurde, verringert sich die Zahl der stimmberechtigten Delegierten der Landeskonzferenz in entsprechender Höhe.

(4) Mit beratender Stimme nehmen teil, die Mitglieder des Landesvorstandes, die Mitglieder des Landesausschusses, die im Landesverbandsbereich gemeldeten Vorstandsmitglieder höherer Juso-Gliederungen, alle anwesenden Jusos. Auf Einladung des Landesvorstandes können weitere Personen an der Landeskonzferenz beratend teilnehmen.

(5) Die Landeskonzferenz findet mindestens einmal jährlich statt. Sie wird vom Landesvorstand unter Angabe der vorläufigen Tagesordnung und der auf die Kreisverbände entfallenden Mandate mindestens acht Wochen vorher einberufen.

(6) Der Antragsschluss spätestens liegt zwei Wochen vor der Landeskonzferenz. Der Landesvorstand, die Kreisverbände, die anerkannten landesweiten Arbeitskreise und Projektgruppen sind antragsberechtigt. Initiativanträge bedürfen mindestens der Unterschrift von zehn Delegierten. Über ihre Behandlung entscheidet die Landeskonzferenz.

(7) Die Landeskonzferenz wählt sich ein Präsidium und beschließt eine Geschäfts- und Tagesordnung. Sie ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der Delegierten anwesend ist.

(8) Auf Beschluss von zwei Dritteln des Landesvorstands, zwei Fünftel der Kreisverbände, der Mehrheit des Landesausschusses oder auf Wunsch von zehn Prozent der Mitgliedschaft ist vom Landesvorstand eine außerordentliche Landeskonzferenz einzuberufen. In diesem Falle beträgt die Einberufungsfrist fünf Wochen, der Antragschluss liegt drei Wochen vor der Konferenz.

(9) Anträge, die zur Landeskonzferenz nicht mehr beraten werden können, werden zur weiteren Beratung und Beschlussfassung an den Landesausschuss überwiesen.

§ 6 Landesausschuss

(1) Der Landesausschuss ist das höchste Beschlussgremium zwischen den Landeskonzferenzen.

(2) Der Landesausschuss setzt sich aus 30 von den Kreisverbänden gewählten stimmberechtigten Mitgliedern zusammen. Hierbei entfällt auf jeden Kreisverband ein Grundmandat. Die übrigen Mandate werden nach dem Hare-Niemeyer-Verfahren, gemäß der Mitgliederstärke verteilt. Hierbei bleiben die Kreisverbände unberücksichtigt, auf deren Delegiertenzahl bei der Anwendung von Hare-Niemeyer auf die Gesamtdelegiertenzahl lediglich ein Mandat oder weniger entfallen würde. Die Regelungen des § 5 Abs. 3 gelten entsprechend.“

(3) Die ordentlichen Mitglieder des Landesvorstandes haben im Landesausschuss beratende Stimme. Ordentliche Mitglieder des Landesausschusses können nicht zugleich ordentliche Mitglieder des Landesvorstandes sein. Der Landesausschuss beschließt mit einfacher Mehrheit seiner stimmberechtigten Mitglieder.

(4) Der Landesausschuss hat folgende Aufgaben:

- Information und Koordination unter den Kreisverbänden und zwischen den Kreisverbänden und dem Landesverband,
- Kontrolle der Arbeit des Landesvorstandes,
- Beratung und Unterstützung des Landesvorstandes.

(5) Auf Antrag von sieben stimmberechtigten Mitgliedern des Landesausschusses aus mindestens drei Kreisverbänden oder auf Antrag des Landesvorstandes ist der Landesausschuss mit einer Frist von sieben Tagen zu einer außerordentlichen Sitzung einzuberufen.

(6) Der Landesausschuss wählt sich eine:n Vorsitzende:n und eine:n stellvertretende:n Vorsitzende:n für die Dauer von höchstens zwei Jahren. Dem:Der Vorsitzenden obliegt die Einberufung des Landesausschusses und dessen Koordinierung.

§ 7 Landesvorstand

(1) Der Landesvorstand besteht aus: zwei gleichberechtigten Vorsitzenden, davon mindestens eine Frau, und sieben gleichberechtigten stellvertretenden Landesvorsitzenden oder dem:der Vorsitzenden und acht gleichberechtigten stellvertretenden Landesvorsitzenden. Die Entscheidung darüber, nach welchem Vorstandsprinzip gewählt wird trifft die Landeskonzferenz, durch einen einfachen Beschluss vor der Vorstandwahl. Dies kann in einer offenen Abstimmung erfolgen.

(2) Die Vorsitzenden der landesweiten Arbeitskreise und Projektgruppen, der:die Vorsitzende des Landesausschusses, der:die Bundesausschussvertreter:in und die Landesgeschäftsführung nehmen an den Sitzungen mit beratender Stimme teil.

(3) Der Landesvorstand führt die Beschlüsse der Landeskonzferenz aus. Er vertritt die Jusos Thüringen in der Öffentlichkeit, koordiniert die politische und organisatorische Arbeit des Landesverbandes und fasst dazu Beschlüsse.

(4) Die Amtszeit des Landesvorstandes beträgt zwei Jahre.

(5) Die Mitglieder des Landesvorstandes haben das Recht an allen Sitzungen nachgeordneter Gliederungen teilzunehmen.

§ 8 Arbeitskreise und Projektgruppen

(1) Auf Beschluss der Landeskonzferenz oder des Landesvorstandes können Landesarbeitskreise oder Projektgruppen einberufen werden.

(2) Sie erarbeiten inhaltliche Positionen für den Landesverband und führen politische Bildungsmaßnahmen durch.

(3) Sie erstatten dem Landesvorstand regelmäßig Bericht über ihre Arbeit.

§ 9 Wahlen und Beschlussfassung

(1) Wahlen erfolgen nach den Vorschriften der Wahlordnung der SPD.

(2) Beschlüsse werden mit der Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen gefasst.

§ 10 Schlussbestimmungen und Inkrafttreten

(1) Änderungen dieser Richtlinie bedürfen der Zustimmung von zwei Dritteln der stimmberechtigten Delegierten einer Landeskonzferenz der Jusos Thüringen.

(2) Alle nicht in dieser Richtlinie angesprochenen Fragen regeln sich durch das Statut der Partei.

D3 | Reichsbürgerbewegung bekämpfen: Staatsverleugnung mit Volksverhetzung gleichstellen

Als Folge der zunehmenden Radikalisierung der Reichsbürgerszene, die klar rechtsextremistische Tendenzen aufweist, sowie durch das Aufkommen von terroristischen Organisationen wie den "Vereinten Patrioten" und der "Patriotischen Union", ist eine wehrhafte Demokratie von großer Bedeutung. Diese extremistischen Gruppierungen zeigen personelle Verstrickungen zu neonazistischen Organisationen wie den "Freien Sachsen" und "Freies Thüringen". In Thüringen hat sich die Reichsbürgerszene zudem zum erweiterten Vorfeld der AfD entwickelt und dadurch eine Verbindung in die Parlamente und die politische Landschaft geschaffen.

Die Jusos Thüringen fordern:

- die bisherigen Ereignisse und Zwischenfälle im Bezug auf die oben genannten Gruppierungen nachhaltig aufzuarbeiten und die sich daraus ergebenden Muster in bestehende und zukünftige Ermittlungen einfließen zu lassen,
- eine stärkere Überwachung von Gruppierungen und Personen, welche eben diese Muster aufweisen und staatsgefährdende Verschwörungsideologien verbreiten,
- eine deutlich erhöhte Polizeipräsenz bei Veranstaltungen und Zusammenkünften der rechten Szene,
- Aufklärung an Schulen und vergleichbaren Einrichtungen um Kinder und Jugendliche, welche besonders durch Manipulationen aus der Reichsbürgerszene gefährdet sind für sämtliche Propaganda zu sensibilisieren, sowie eine offizielle behördliche Meldestelle zur Registrierung und Verfolgung aller staatsfeindlichen Gruppen und Personen. Leugnug der Existenz der Bundesrepublik soll als eigener Straftatbestand behandeln werden.

D4 | Entkriminalisierung des Rote Hilfe e.V.

Die Jusos Thüringen fordern die Entkriminalisierung des Rote Hilfe e.V. und die Beendigung der Beobachtung durch den Verfassungsschutz. Wir fordern die SPD Thüringen dazu auf, sich dazu auf dem nächsten Landesparteitag entsprechend zu positionieren.

E1 | Internationalistisch integriert in die Europawahl

In der Amtszeit des nächsten Landesvorstandes der Jusos Thüringen finden neben den Kommunal- und Landtagswahlen ebenfalls die Wahlen zum Europäischen Parlament statt. Das Ziel der Jusos Thüringen ist es auch hier autoritären, queerfeindlichen und nationalistischen Tönen entgegenzutreten und für ein geeintes Europa einzustehen. Nur wenn wir uns zur europäischen Idee bekennen und die Potenziale von geeintem europäischen Handeln herausstellen, kann es uns gelingen Nationalist:innen und ihren Verbündeten den Wind aus den Segeln zu nehmen. Wir werden themenbezogene Veranstaltungen anbieten, sodass wir gezielt unsere Thüringer Perspektive zu den kommenden Richtungsentscheidungen der europäischen Integration aufstellen können.

Unsere Überzeugungen zu Europa

Vereinigte Staaten von Europa

Wir bekennen uns zu einem föderalistischen Europa, in dem paneuropäische Solidarität, Demokratie, Nachhaltigkeit und Rechtsstaatlichkeit die Grundwerte des Integrationsprojekt darstellen. Auf Basis dieser europäischen Grundwerte stellen wir uns den Herausforderungen, die insbesondere unsere Generation betreffen. Diese können wir nur in einem vereinten Europa angehen, deshalb bekennen wir uns zu einer vertieften Integration Europas, welche die Vereinigten Staaten von Europa zum Ziel haben.

Europäische Demokratie

Im Sinne unserer Vorstellung eines demokratischen Europas setzen wir uns für transnationale Listen zur Europawahl ein und fordern einen neuen verfassungsgebenden Prozess, der neben der Einführung von Mehrheitsentscheidungen in allen Bereichen die Vereinigten Staaten von Europa institutionalisiert. Dies beinhaltet insbesondere auch die Ausstattung des Europäischen Parlaments mit umfassenden legislativen Rechten.

Europäische Nachhaltigkeit

Die Klimakrise ist ein globales Problem, das insbesondere unsere Generation trifft. Wir sind die letzte Generation, die noch etwas gegen den Klimawandel unternehmen kann. Wir setzen unsere ganze Kraft dafür ein, dass Europa Klimaneutralität erreicht. Das schaffen wir nur, wenn Europa an einem Strang zieht. Gleichzeitig muss Europa sich seiner Verantwortung bewusst werden und darf als einer der größten Klimazerstörer die vulnerabelsten Gruppen, in Europa und der Welt, im Kampf gegen die Klimakrise nicht vergessen.

Europäische Solidarität

Soziale Ungleichheiten machen an der deutschen oder Thüringer Grenze nicht halt. Jugendarbeitslosigkeit und die wirtschaftliche Spaltung Europas schwächt uns und unsere Ziele für Europa. Als Jusos Thüringen bekennen wir uns daher zu einer sozialen Integration Europas, wie etwa einem europäischen Mindestlohn, Eurobonds und weiteren Kompetenzübertragung in der Sozialpolitik auf die europäische Ebene.

Europäische Sicherheit

Der russische Angriffskrieg hat gezeigt, dass wir in Europa weiterhin sehr verletzlich gegenüber externen sicherheitspolitischen Risiken sind. Europa steht hinsichtlich seiner eigenen Außenpolitik noch nicht auf eigenen Füßen, zu oft und in zu großem Umfang ist die Sicherheit Europas in Händen der USA. Wir wollen

das ändern und wollen in Anbetracht der sicherheitspolitischen Herausforderungen einen Prozess anstoßen, in dem wir uns in Thüringen, im Bundesverband und mit unseren europäischen und internationalen Schwesterorganisationen im Rahmen der YES und IUSY zu einer neuen europäischen Sicherheitsordnung in Europa beraten. Die neue europäische Sicherheitsarchitektur muss Europa resilient gegenüber Krisen und Bedrohungen machen. Darüber hinaus trägt unser Europa im Rahmen des Völkerrechts eine Verantwortung für die Wahrung des Weltfriedens.

Europäische Einwanderung

Kein Mensch ist illegal. Menschen, die nach Europa migrieren wollen, sollen auch nach Europa migrieren dürfen. Wir lehnen Push-backs und eine restriktive Asylpolitik, etwa durch Frontex, konsequent ab. Wir brauchen eine europäische Migrationspolitik, die Migration ermöglicht und nicht verhindert.

Was wir bis 2024 tun wollen:

Hinsichtlich der Zeitgleichheit von Kommunal- und Europawahlen planen wir Organisatorisches in der Wahlkampfzubereitung zu bündeln.

Wahlkampfbustour: Wie in vorherigen Landtags- und Bundestagswahlkämpfen wird es parallel zu den Kommunalwahlen eine Wahlkampf-Bustour der Jusos durch Thüringen geben.

Social Media Kampagne: Daneben wird es im digitalen Raum eine thüringenweite Social-Media-Kampagne der Jusos geben, die sich nicht nur mit landesspezifischen EU-Förderthemen beschäftigt, sondern auch die weiter fassende politische Juso Forderungen in den Fokus rücken.

Europawahlkonferenz: In Ergänzung zur Kommunalwahlzubereitung wollen wir auch separate Veranstaltungen im Rahmen der inhaltlichen Aufstellung der Jusos Thüringen zur Europawahl 2024 durchführen. Ziel ist es junge Thüringer Perspektiven für Europa zu bündeln und sie für die Europawahl auszurichten.

E2 | Festung Europa schleifen.

Die EU-Grenzschutzagentur Frontex steht seit ihrer Gründung in Kritik. Immer wieder werden Misshandlungen und illegale Push-Backs dokumentiert. Im Koalitionsvertrag zwischen SPD, den Grünen und der FDP steht das Ziel, dass Frontex künftig im Einklang mit den Menschenrechten arbeitet. Das ist uns nicht genug. Menschenrechte müssen die bedingungslose Grundlage der Arbeit aller EU-Behörden sein. Sie dürfen nicht verhandelbar sein! Wir verlangen die mittelfristige Abschaffung von Frontex. In der Zwischenzeit sollen die personellen und infrastrukturellen Ressourcen von Frontex ausschließlich zur Seenotrettung und zur Unterstützung von Geflüchteten an den Grenzen der Europäischen Union verwendet werden.

Der Flüchtlingsgipfel am zwischen Bund und Ländern am 10.05.2023 steht nicht nur mit diesen Zielen, sondern auch mit den Grundwerten der SPD im krassen Widerspruch. Wir verurteilen aufs Schärfste, dass sich eine SPD-geführte Bundesregierung für Asylverfahren an den EU-Außengrenzen, erleichterte Abschiebungen, einer verstärkten Nutzung von Abschiebegewahrsam und der Stärkung von Frontex einsetzt. Zu Recht kritisiert der Bundesverband der Jusos die getroffenen Beschlüsse als unmenschlich und überwiegend verfassungswidrig.

Wir als Jusos Thüringen schließen uns dieser Kritik an und fordern die Rücknahme der Beschlüsse des sog. „Flüchtlingsgipfels“. Wir verlangen neben der mittelfristigen Abschaffung von Frontex eine intensive parlamentarische Kontrolle der vergangenen und zukünftigen Tätigkeit der Agentur, eine strafrechtliche Verfolgung deutscher Beamt:innen die an Push-Backs und anderen Menschenrechtsverletzungen beteiligt waren und die schnelle und unkomplizierte Verbesserung der Situation von Geflüchteten an den europäischen Grenzen durch eine bessere Versorgung und vereinfachte Asylverfahren. Darüber hinaus fordern wir eine deutlich größere finanzielle Unterstützung des Bundes sowie die Rückkehr zum "Vier-Säulen-Modell". Sicherer Familiennachzug soll gewährleistet werden. Wir verlangen eine entsprechende Änderung des Familiennachzugsneuregelungsgesetz.

13 | Die Polizei dein Freund und/oder Täter

The situation is in fact bad!

Immer wieder decken engagierte Journalist:innen investigativ rechte Netzwerke und Pannen in Ermittlungsbehörden auf. Nichtsdestotrotz wird der Polizei weiter das Recht zugestanden, eigene Regelverstöße selbst zu verfolgen und zu ahnden. Von den jährlich ca. 2.200 Verfahren aufgrund von Polizeigewalt wurden 98% von der Staatsanwaltschaft eingestellt. Verurteilt wurde in den letzten beiden Jahren ein Beamter. Das Dunkelfeld scheint mindestens 5x-6x größer zu sein, sodass selbst Nils Mesla, Sonderberichterstatter für Folter bei der UN, deutschen Behörden eine verzerrte Wahrnehmung attestiert. Die Strafverfolgung innerhalb der Polizei benennt er wörtlich als „Systemversagen“, weil Behörden nicht in der Lage sind ihre eigene Blindheit zu erkennen. Während Demonstrant:innen im Schnellverfahren abgeurteilt werden, werden Verfahren gegen Polizist:innen verschleppt und eingestellt. Das Problem der Polizeigewalt wird systematisch in statistischen Erhebungen und im öffentlichen Diskurs ausgeblendet. Leider sind die entsprechenden Polizeibehörden keine verlässliche Informationsquelle. Diese Blindheit für die eigenen Verfehlungen, zerstört nachhaltig das Vertrauen der Bürger:innen in die Polizei und schadet letztendlich auch den Beamt:innen selbst. Die Polizei spielt als Exekutive und Judikative in Personalunion eine zentrale Bedeutung in unserer Gesellschaft, jedoch sind wir der Meinung, dass jede Gewaltausübung rechenschaftspflichtig sein sollte. Für ein uneingeschränktes Vertrauen in die Polizei muss jede Beschwerde gegen die Polizei umgehend aufgenommen werden und unparteiisch, umfassend und unabhängig ermittelt werden. Systematischer Täterschutz bewirkt hingegen das Gegenteil.

Die Jusos Thüringen positionieren sich einer materiellen Stärkung von Polizei und Sicherheitsapparat gegenüber grundsätzlich kritisch und unterstützen keinen Wahlkampf mit diesem Themenschwerpunkt für die kommende Landtagswahl!

Wir fordern stattdessen den konsequenten Kampf gegen Rechts, in der Politik und in Thüringer Behörden. Auch wenn bisher vorwiegend andere Bundesländer die Schlagzeilen bestimmten, gibt es keine Anhaltspunkte dafür zu glauben, die Lage in Thüringen gestaltete sich davon signifikant verschieden.

Die Jusos Thüringen sind der Meinung das sich ein System nicht selbst kontrollieren kann. Um den bestmöglichen Schutz von Beamt:innen und Bürger:innen zu gewährleisten fordern wir deshalb, eine umfassende Reformierung der Statistikerhebung, Ausbildung und zahlreichen anderen Bereichen innerhalb und außerhalb der Polizei.

Polizist:innen sollten nicht wie Soldat:innen auftreten, die zusätzliche Militarisierung der Polizei lehnen wir ebenfalls auf schärfste ab. Demonstrationen und unbequemer Protest sind essentieller Teil demokratischer Kultur und sollten auch von staatlichen Institutionen erkannt werden. Einschüchterung von Demonstrierenden oder das Verlegen an „günstigere“ Orte durch Versammlungsbehörden verbietet sich deshalb.

Strafverfolgung der Polizei auf Demonstrationen

Verletzte Demonstrierende geben aus Angst vor Repression in der Regel im Krankenhaus nicht an, wie die Verletzungen zustande gekommen sind. Andere Aktivist:innen nehmen keine medizinische Hilfe in Anspruch aus Angst. Nicht zuletzt, deshalb ist die tatsächliche Zahl der verletzten Demonstrierenden in der Regel unklar.

Krankenhauspersonal sollte deshalb nach Demonstrationen nur mit der Polizei kooperieren, wenn ausgeschlossen ist, dass Patient:innen strafrechtlich belangt werden.

Missbrauchsräume minimieren

In verschiedenen deutschen Städten, u.a. Erfurt und Leipzig, versucht die Polizei mit der Ermächtigung zu uneingeschränkten Personenkontrollen von Straftaten abzuschrecken. Dabei schreckt sie zusätzlich vor großflächigen Stadtgebieten ab und schafft ein kriminalisierendes Stigma.

Wir fordern die Abschaffung von zeitlich unbegrenzten verdachtsunabhängigen Polizeikontrollen an sogenannten „gefährlichen Orten“.

Die Möglichkeit der Polizei unbegrenzt Identitäts- und Taschenkontrollen in gewissen Gebieten durchzuführen, führt zu kollektiven Verdächtigungen anhand äußerlicher diskriminierender Stereotype. Davon betroffen sind vor allem migrantisch-gelesene, links-gelesene und junge Menschen. „Gefährliche Orte“ begünstigen systematisch Verstöße gegen das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) und ‚Racial Profiling‘, auch weil i.d.R. die Dokumentationspflicht der Polizei entfällt. Die zur Begründung genutzten „polizeilichen Erfahrungswerte“ und Kriminalstatistiken sind unzuverlässig und selbstbestätigend. Es gibt keine Perspektive zur Beendigung des Sonderstatus „gefährlicher Ort“. Die alltägliche Straftat-Unterstellung der Polizei gegenüber signifikanten Teilen der Bevölkerung bestärkt Misstrauen und drängt beträchtliche Gesellschaftsgruppen zunehmend in einen Exklusions-Teufelskreis aus dem staatlichen Schutz.

Darüber hinaus gibt es in Thüringen aktuell keine öffentliche Möglichkeit, um das genaue Ausmaß der festgelegten Gebiete einzusehen und eine potenzielle Polizeikontrolle zu beachten bzw. zu vermeiden. Verschwimmende und unbekannte Grenzen begünstigen den Missbrauch der Polizei unter anderem als Vorwand für verdachtsunabhängige Personenkontrollen in nicht-zutreffenden Gebieten.

Wir fordern konsequente Transparenz über polizeiliche Mittel und deren eindeutige Grenzen.

Diskursverschiebungen durch die Polizei

Diskurse über die zusätzliche Finanzierung der Polizei, bzw. eine weitergehende Versicherheitlichung der Gesellschaft werden immer wieder von verschiedensten Statistiken wie die Bundeskriminalstatistik begleitet.

Diese gezielten Diskursverschiebung werden insbesondere in der Debatte um Gewalt gegen Polizist:innen deutlich: Das BKA behauptet beispielweise 2020 stieg die Zahl der Gewaltdelikte gegen Polizist:innen in Thüringen um 36.6%, faktisch sank die Zahl jedoch deutlich. Lediglich eine Änderung der Definition von Gewalttaten gegen Polizist:innen führte zu diesen erschreckenden Zahlen.

Ein weiteres Beispiel hierfür sind die Zahlen des LKA Sachsen 2020. Wie sich später herausstellte schrumpfte die ursprüngliche Angabe von rund 2800 Beamt:innen, die Opfer von Gewalt wurden, letztlich auf 76. Zuvor mitgezählt wurden unter anderem Beamt:innen, die gegen Glastüren liefen, stolperten oder sich die Faust am Gesicht von Tatverdächtigen verletzten. Dieses Verhalten der Polizei schadet nicht nur dem politischen Diskurs, sondern auch der Glaubwürdigkeit der Polizei. Nicht zuletzt zeigt diese Kategorisierung mangelnden Respekt gegenüber den Beamt:innen die tatsächlich im Dienst Gewalt erfahren oder Beamt:innen, die an einer Aufklärung von Straftaten innerhalb der Polizei interessiert sind.

Zahlreiche Nachrichtenplattformen übernahmen die ursprünglichen Zahlen jedoch ohne kritische Prüfung, womit sich Teile der Medien zum willigen Sprachrohr der Polizei im laufenden politischen Diskurs machten.

Die Angaben der Polizei und dessen Pressemeldungen sollten nicht neutrale Informationsquelle verwendet werden, sondern eindeutig als Meinung einer (Konflikt)partei gekennzeichnet werden.

Weiterhin fordern wir, das Statistiken zu Polizeigewalt und Gewalt gegen Polizist:innen künftig unabhängig und nach einheitlichen Kriterien erhoben werden. Unter anderem sollte statistisch erfasst werden:

- Tötungen durch alle Polizeibehörden
- die schwere der Gewaltdelikt (gegen die Polizei)
- rassistische und diskriminierende Straftaten durch die Polizei
- lokale Verteilung von Fällen von Polizeigewalt
- Rechenschaftspflicht der Polizei zu erhöhen

Wir wollen hierarchische Strukturen innerhalb der Polizei thematisieren und durch Kontrollmechanismen und Prozesse in der Verwaltung auch Führungskräfte für Diskriminierungen zur Rechenschaft ziehen, die durch ihre Mitarbeiter:innen verschuldet wurden. Bisher darf die Thüringer Polizei potenzielle Straftaten in der eigenen Behörde verfolgen, die Jusos Thüringen halten dieses System für dysfunktional.

Wir fordern deshalb, eine eigene, unabhängige Behörde:

- bestehend aus Personen, die zu 90% nie in der Polizei tätig waren
- eigenständig Untersuchungen einleiten kann
- die mit allen Kompetenzen ausgestattet ist, um Hinweisen unabhängig nachgehen können

dazu gehört:

- die Einsicht in Akten laufender und abgeschlossener Verfahren,
- Einsicht in Polizeiinterna,
- Betretungsrecht von Polizeidienststellen,
- keine Informationspflicht gegenüber der staatlichen Exekutive.

Die Behörde sollte tätig werden, wenn:

- persönliches Fehlverhalten eines Polizisten/einer Polizistin vorliegen könnte
- eine polizeiliche Maßnahme eventuell rechtswidrig war

Zusätzlich sollte die Behörde die alle Verfahren an sich ziehen bei denen Personen durch Polizist:innen getötet oder schwer verletzt werden.

Der Behörde sind die entsprechenden Ressourcen zu Ermittlung bereitzustellen, wenn Polizist:innen

- Missstände oder Fehler aufzeigen wollen
- In Konfliktsituationen geraten oder Probleme mit ihrem Dienstherrn vorliegen
- kurzfristige psychologische Hilfe benötigen

Die Stelle des Thüringer Polizeibeauftragten kann wahlweise in die Behörde integriert werden.

Prävention und Ausrüstung

Um Straftaten innerhalb der Polizei vorzubeugen, fordern wir weiterhin einen Fokus auf die Ausbildung, der Beamt:innen, anstatt immer teurere und unnötige Ausrüstung anzuschaffen.

Bodycams haben sich in ihrer gegenwärtigen Anwendung als ungeeignet zur besseren Aufklärung von Straftaten herausgestellt. Sie erhöhen lediglich das Machtgefälle zwischen Beamt:innen und Bürger:innen und sind zur Strafaufklärung innerhalb der Polizei ungeeignet, weil potentielle Täter:innen die Kamera selbst ausschalten können. So geschehen in Frankfurt oder Dortmund. Die anhaltenden Proteste in Frankreich zeigen, dass eine Militarisierung der Polizei mit Kriegswaffen, wie Gummigeschosswerfer etc. lediglich zu heftigen Gegenreaktionen führt. Tränengaswerfer, Panzerfahrzeuge oder ähnliches Material erschweren die sichere Wahrnehmung des Demonstrationsrechts, vor allem weil es in der Praxis von ungeübten Kräften eingesetzt wird.

Derartigen Aufrüstungsfantasien erteilen wir deshalb eine klare Absage.

Wir fordern die Abschaffung von Bodycams.

Wir fordern weiterhin verpflichtende Schulungen in den Bereichen:

- Umgang mit Personen in psychischen Ausnahmesituationen,
- intersektionale Rassismus(prävention),
- intersektionalem Feminismus,
- Menschenrechte,
- Racial Profiling(-Vermeidung),
- interkulturelle Kommunikation.

Hierin sollten auch ältere Beamt:innen verpflichtend geschult werden.

Für Beamt:innen sollten regelmäßige Fortbildungs- und Wiederholungskurse die Regel sein um Eskalation durch unsicheres Verhalten der Polizei zu vermeiden. Insbesondere Polizist:innen die selten Streifendienst machen, sollten regelmäßig in Sicherung unterwiesen werden.

Weiterhin sollte das Bewerbungsverfahren in Bezug auf Eignung und (politischen) Hintergrund von Bewerber:innen fokussiert werden.

Um potentielle Täter:innen innerhalb der Polizei identifizieren zu können, fordern wir eine Kennzeichnungspflicht für alle Polizist:innen, die in Thüringen eingesetzt werden.

Nur weil die Polizei physischen Zwang anwendet, handelt es sich nicht automatisch um Polizeigewalt, jedoch sollte immer die Verhältnismäßigkeit gewahrt bleiben. Das Interventionsminimum ist dabei zu achten. Wann dies jedoch erreicht ist liegt meist im Ermessen der Beamt:innen. Die Jusos Thüringen wollen hier Rechtssicherheit für Beamt:innen und Betroffene schaffen.

Um willkürliche oder uneinheitliche Anwendung bestehender Gesetze zu verhindern, fordern wir zusätzlich eine möglichst präzise Ausgestaltung des Polizeigesetzes.

Begriffe wie „Handeln nach Treu und Glauben“ bzw. „einen Ermessensspielraum nach guten Sitten“ sollte möglichst im Polizeigesetz konkretisiert werden

I4 | Erweiterter KulturPass für Thüringen

Wir als Jusos Thüringen möchten junge Menschen nach der Corona-Pandemie dazu ermutigen, das vielfältige und bunte Kulturangebot im Freistaat wahrzunehmen.

Wir begrüßen in diesem Zusammenhang die Einführung des KulturPass der Bundesregierung und fordern von der Thüringischen Landesregierung folgende Erweiterungen:

1. Der KulturPass soll in Thüringen für alle Personen* zwischen 14 und 35 Jahren gelten.
2. Das Budget soll aus Landesmitteln auf insgesamt 1000€ aufgestockt werden.
3. Dabei soll gewährleistet werden, dass verfassungsfeindliche Einrichtungen nicht davon profitieren.

K3 | Stärkung der kommunalen Finanzen – Beibehaltung der bisherigen Hebesätze für die Grundsteuer im Rahmen der Grundsteuerreform

Die Jusos-Thüringen fordern, dass bei der erforderlichen Neufestsetzung der kommunalen Hebesätze der Kommunen für die Grundsteuer das bisherige Niveau beibehalten wird. Uns ist dabei bewusst, dass es dadurch zur Erhöhung der Grundsteuerlast für die Bürger:innen kommen kann, diese Erhöhung im Wesentlichen jedoch wohlhabendere Bürger:innen und Betriebe treffen wird und somit nach unseren sozialistischen Grundsätzen gewünschte Umverteilungseffekte erzielt werden könnten.

K4 | Blühende Landschaften statt Ruinen im ländlichen Raum

Wir Jusos Thüringen fordern eine finanzielle Unterstützung von Kommunen im ländlichen Raum, die vor Ort mit leerstehenden Immobilien und versiegelten Flächen belastet sind, deren fortgeschrittener Verfall eine erneute Nutzung nicht ermöglicht, oder nur mit einem übertrieben hohen Aufwand verbunden ist. Darin inbegriffen ist eine Unterstützung bei der Findung neuer Wohnmöglichkeiten von Hauseigentümer:innen, deren Besitz in Eigenleistung nicht mehr zu erhalten ist. Ziel ist - wenn keine Nachnutzung möglich und

der Verfall zu stark fortgeschritten ist - der Rückbau dieser Objekte und eine Förderung der Renaturierung anstelle von nicht nutzbaren Ruinen.

M1 | 49 Euro sind keine Entlastung! - Thüringer Jugendticket jetzt!

1. Mai 2023: Freude über das Deutschland-Ticket: Nun können wir unkompliziert überall mit Bus und (Regional-)Bahn fahren. Aber dadurch verschwand auch heimlich, still und leise die gesonderte Unterstützung für junge Menschen: das geförderte Thüringer Azubi-Ticket. Das nehmen wir nicht hin, denn 49 Euro sind keine Entlastung! Wir fordern gemeinsam mit den Gewerkschaftsjugendlichen und den rot-grünen Jugendorganisationen ein Thüringer Jugendticket für 28 Euro monatlich.

Der Freistaat Thüringen soll ähnlich wie andere Bundesländer es bereits angekündigt oder auf den Weg gebracht haben, das Deutschlandticket für junge Menschen gesondert subventionieren. Die Differenz zwischen 49 und 28 Euro wird aus Landesmitteln bezahlt, solange es keine bundeseinheitliche Regelung gibt. Schüler:innen, Studierende, Auszubildende, Freiwilligendienstleistende und alle jungen Menschen unter 28 Jahren sollen davon profitieren. Für Studierende soll eine Upgrade-Lösung angeboten werden. Bestehende Verträge der Studierenden mit den Verkehrsunternehmen sollen mittelfristig erhalten bleiben.

Dass junge Menschen fast 50 Euro im Monat für ihre Mobilität ausgeben sollen, sorgt nicht dafür, dass sie selbstbestimmt und unabhängig von ihren Eltern ihr Leben gestalten können. In der jetzigen Situation mit massiv gestiegenen Lebenshaltungskosten führt es stattdessen dazu, dass einmal mehr deutlich wird: Umfassende gesellschaftliche Teilhabe muss man sich leisten können. Ein Thüringer Jugendticket würde einen Beitrag dazu leisten, dass gerade junge Menschen, die in der Regel nicht auf hohe Einkommen oder Vermögen zurückgreifen können, entlastet werden. Zur Finanzierung der Kosten des Jugendtickets sind die Arbeitgeber:innen zu beteiligen, da sie es sind, die von einem attraktiven Umfeld für junge Menschen nachhaltig profitieren, in dem mehr Auszubildende oder Studierende nach Thüringen kommen und mehr Schüler:innen in Thüringen bleiben.

Damit sich ein Jugendticket in Thüringen auch lohnt, müssen wir die mobile Realität aber massiv verbessern. Thüringen besteht mit wenigen Ausnahmen aus ländlichen Räumen. Viele kleine Gemeinden und Siedlungen werden häufig ausschließlich vom Schüler:innenverkehr angefahren. Das führt dazu, dass gerade viele junge Menschen auf Eltern und andere Mitfahrgelegenheiten oder irgendwann das eigene Auto bzw. Moped angewiesen sind. So schreibt sich die Fixierung auf den motorisierten Individualverkehr stetig fort und die Verkehrswende wird verhindert. Flexiblere und vernetzte Angebote wie Mobilitätshubs, Ruf taxis oder ausgebaute Carsharing-Systeme sind regelmäßig nicht vorhanden. Stattdessen regiert in Thüringen das sogenannte „Heilige Römische Reich Deutscher Tarifzonen“ und sorgt abseits des Deutschlandtickets für vielerlei Kuriositäten.

Neben der Forderung nach einem vergünstigten Jugendticket steht daher gleichbedeutend die zwingende Notwendigkeit zu einem massiven Ausbau des ÖPNV: Wir brauchen mehr Bahnen, Busse und Straßenbahnen sowie flexible und mehr verfügbare Sharing-Angebote, die sich nicht ausschließlich darauf ausrichten dürfen, wie die momentanen Bedarfe geschätzt werden. Denn der ÖPNV-Bedarf kann auch erst entstehen, wenn das Angebot da ist. Vorher wird ein Großteil kaum auf das Auto verzichten können.

Unser langfristiges Ziel lassen wir dabei allerdings nicht aus den Augen: Der ÖPNV muss kosten- und fahrscheinlos ausgestaltet werden. Mobilität ist ein Grundbedürfnis, so müssen es Staat und Öffentlichkeit auch behandeln. Grundbedürfnisse müssen für alle mindestens erschwinglich sein, daher: Entlastung für junge Menschen jetzt! Thüringer Jugendticket jetzt!

M2 | Alkohol aus dem Verkehr ziehen

Circa jeden zweiten Tag stirbt ein Mensch an den Folgen von Verkehrsunfällen, bei denen Alkohol im Spiel war. Deshalb folgen wir den Aufrufen und fordern die generelle Null-Promille-Grenze für Kraftfahrzeugfahrer:innen sowie die verstärkte Kontrolle von Drogen- und Alkoholkonsum.

Wir fordern weiterhin, dass das Konsumieren alkoholischer Getränke in öffentlichen Verkehrsmitteln verboten wird. Dies muss in allen Fortbewegungsmitteln des Öffentlichen Personennahverkehrs, sowie Taxen und ähnlichen Dienstleistungen, Fernreisebussen, Flugzeugen und dem Fernverkehr der Bahn gelten. Darüber hinaus fordern wir eine Sicherheits- und Aufklärungskampagne in Form von:

Plakaten an Autobahnen, Bundesstraßen, Landstraßen und in Ortschaften, insbesondere an Unfallschwerpunkten, einer Social Media Offensive: #dontdrinkanddrive (Facebook, Instagram, Twitter), Erstellung von TikTok und Youtube Videos sowie Informationsveranstaltungen an Schulen für Abschlussklassen und im öffentlichen Raum.

Q1 | Das Patriarchat kotzt uns an!

Die Jusos Thüringen fordern Politik und Entscheidungsträger:innen auf allen Ebenen auf, sich für intersektionale queerfeministische Umverteilung einzusetzen, damit wir endlich die Ungerechtigkeit, gegen die FINTA*, BIPOC und queere Personen konstant ankämpfen müssen, beseitigen können. Wenn wir warten, bis sich das Geld und die Ressourcen von selbst umverteilen, werden höchstens unsere Ururenkelkinder etwas davon abhaben – das dauert uns zu lang! Daher muss die Politik eingreifen und die Weichen stellen für eine gerechtere Gesellschaft, statt bestehende Ungleichheiten weiterhin zu tolerieren und zu unterstützen.

Die Forderung ist einfach und revolutionär zugleich: die Lebensrealitäten von Menschen, die nicht der weißen-hetero-cis-männlichen Norm entsprechen, müssen einen GLEICHWERTIGEN Platz am Tisch haben, sie müssen den gleichen Zugang zu Ressourcen haben und ein bedingungsloser Teil des politischen Prozesses sein. Queerfeministische Umverteilung umfasst die konkrete Umverteilung von Geldern, aber auch von allen anderen Ressourcen, die dem Staat und Entscheidungsträger:innen zur Verfügung stehen.

In diesem Antrag formulieren wir in diesem Sinne Forderungen für einige politische Bereiche, doch diese umfassen noch lange nicht alles, was nötig und möglich ist.

Gender Care Gap - kotzt uns an!

In Deutschland leisten Frauen täglich 87 Minuten mehr unbezahlte Sorgearbeit als Männer. Dabei bleiben, häufig im Sinn eines antiquierten Rollen- und Geschlechterbildes, viele alltägliche Aufgaben an FINTA*-Personen hängen.

Bei der Inanspruchnahme von Elternzeit gibt es weitere gravierende Unterschiede zwischen den Geschlechtern. Nur 26 % der Elterngeldbeziehenden sind männlich. Weiterhin nehmen Männer 3,6 Monate und Frauen 14,6 Monate Elternzeit in Anspruch. Es wird deutlich: Kindererziehung wird weiterhin nicht gleichberechtigt zwischen den Geschlechtern aufgeteilt.

Alleinerziehende stehen vor kaum zu bewältigenden Herausforderungen. Für sie ist es besonders schwer, Care- und Erwerbsarbeit zu vereinbaren. Sie sind von besonderen Armutsrisiken betroffen und überdurchschnittlich häufig auf Aufstockleistungen angewiesen.

Und damit nicht genug. Auch im Bereich der Pflege von Angehörigen sind 60 % der Pflegenden Frauen.

Care-Arbeit umfasst nicht nur Erziehungs- oder Pflegearbeit, sondern auch die Arbeit, die FINTA*s z.B. in ihren Beziehungen oder in ihrem Sexleben leisten müssen - bei der Verhütung zum Beispiel wird wieder mal die Verantwortung oft FINTA*-Personen auferlegt. Für biologisch weibliche Körper sind zahlreiche Verhütungsmittel auf dem Markt, die viel Aufwand, psychische Belastung und Nebenwirkungen mit sich

bringen. Dagegen ist nach wie vor für biologisch männliche Körper nur das Kondom verfügbar. Das trägt zur Zementierung der weiblichen Verantwortung im Bereich Verhütung wesentlich bei.

Zu einer nachhaltigen Überwindung dieser Ungerechtigkeiten fordern wir:

- Auskömmliche Finanzierung der Erforschung von Verhütungsmitteln für Männer;
- Die Schaffung von verbesserten Voraussetzungen für eine gleichberechtigte Inanspruchnahme von Elternzeit und -geld, zum Beispiel indem das 12+2 Modell auf 7+7 geändert wird;
- Umfassende Kinderbetreuungsangebote und die Einführung der Kindergrundsicherung, um Armutsrisiken von Familien abzuwenden;
- Bildungsangebote zur gerechten Verteilung von Care-Arbeit in Schule und Erwachsenenbildung.

<https://dvsg.org/service/alle-news/details/empfehlungen-zur-familienpflegezeit-und-zum-familienpflegegeld/>

<https://de.statista.com/infografik/24835/anteil-der-vaeter-in-deutschland-die-eltern-geld-beziehen/>

<https://www.bertelsmann-stiftung.de/en/themen/aktuelle-meldungen/2021/dezember/vor-allem-alleinerziehende-sind-trotz-arbeit-auf-sozialleistungen-angewiesen>

<https://www.swr.de/wissen/neue-verhuetungsmethoden-fuer-maenner-100.html>

Gender Pay Gap und Männergremien – kotzen uns an!

2022 haben FINTA*s pro Stunde im Schnitt 18 % weniger verdient als Männer und selbst mit einem bereinigten Gender Pay Gap, also mit vergleichbaren Qualifikationen, Tätigkeiten und Erwerbsbiografien wie Männer, waren es immer noch 7 %. Das ist weder fair noch länger in irgendeiner Form hinnehmbar!

Was der unbereinigte Gender Pay Gap auch zeigt, ist die totale Unterrepräsentation von FINTA*s in höheren Positionen, die zugleich eine bessere Bezahlung mit sich bringen. Auch wenn die seit 2016 eingeführte Geschlechterquote in börsennotierten Unternehmen greift und mittlerweile der Anteil von FINTA*s von 10,2 % auf 35,2 % in den 105 deutschen Aufsichtsräten gestiegen ist, ist das lange noch nicht annähernd zufriedenstellend.

Der Gender Pay Gap und der noch immer absurd hohe Männerüberschuss in Aufsichtsräten und generell in quasi allen wichtigen Gremien steht im Widerspruch zur der im Grundgesetz verankerten Gleichberechtigung und muss – wenn es aus der Gesellschaft bzw. Wirtschaft heraus nicht funktioniert – politisch mit allen Mitteln bekämpft werden! (Der Markt regelt immer noch einen Scheiß!)

Daher fordern wir:

- Erhöhung der Geschlechterquote in den Aufsichtsräten börsennotierter und paritätisch mitbestimmender Unternehmen von 30 auf 50 %;
- Mehr Hürdenabbau für FINTA*s in Männer dominierenden Berufszweigen mit dem Ziel 30 % FINTA*-Personen in allen Berufen;
- Alle Listen für öffentliche ehren- und hauptamtliche Wahlen müssen „weich“ paritätisch quotiert werden; d.h., dass Listen paritätisch besetzt werden, solange entsprechende Kandidat*innen zur Verfügung stehen;
- Alle Vorstände in der SPD – von Ortsverein über Kreis-, Landes- und Bundesverband über Arbeitsgemeinschaften und Co – müssen wenn irgendwie möglich zu mindestens 50 % mit FINTA*s besetzt sein.

https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/01/PD23_036_621.html

<https://www.boeckler.de/de/boeckler-impuls-aufsichtsrate-die-quote-greift-4461.htm>

<https://www.bmfsfj.de/quote/daten.html>

Gender Wealth Gap - kotzt uns an!

Es ist kein Wunder, dass FINTA*s in Deutschland (und in der Welt) weniger Vermögen haben als Männer. Es ist das Ergebnis davon, dass FINTA*s bei gleicher Arbeit schlechter bezahlt werden (Gender Pay Gap), eher in Teilzeit arbeiten, eher Care-Arbeit übernehmen (Gender Care Gap), und eher in schlechter bezahlten Berufen arbeiten. FINTA*-Personen können daher weniger Vermögen aufbauen und sind daher stärker von Armut und Altersarmut betroffen.

Um die bestehenden wirtschaftlichen Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern anzugehen und eine gerechtere Verteilung von Vermögen zu erreichen, braucht es daher eine Vermögenssteuer! Die, die reich sind, dürfen nicht auf Kosten der bestehenden Ungleichheiten weiter reich bleiben, während die gleichen Umstände immer mehr Menschen und vor allem FINTA*s in Armut drängt. Die Einnahmen der Vermögenssteuer müssen investiert werden durch Programme und Initiativen, die die wirtschaftliche Stärkung von FINTA*s unterstützen und ihre finanzielle Unabhängigkeit sicherstellen. Das kann zum Beispiel finanzielle Unterstützung für alleinerziehende Elternteile und den Ausbau von sozialen Sicherungsnetzen wie die Grundrente umfassen, wie auch Investitionen in Bildung und Ausbildung, und Unternehmensgründungen von FINTA*s. Daneben müssen die Einnahmen aus der Vermögenssteuer auch direkt umverteilt werden als Grunderbe an junge Menschen.

Eine Vermögenssteuer und das Grunderbe wäre ein Schritt in Richtung einer inklusiveren und gerechteren Gesellschaft, in der FINTA*s gleiche wirtschaftliche Chancen und Ressourcen haben.

<https://www.ipg-journal.de/rubriken/wirtschaft-und-oekologie/artikel/umverteilen-um-zu-wachsen-6615/>

<https://www.boeckler.de/de/boeckler-impuls-vermoegen-frauen-fallen-weiter-zurueck-9700.htm>

<https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/gender-wealth-gap-warum-frauen-im-schnitt-aermer-sind,TOUHxnR>

Gender Health Gap – kotzt uns an!

Auch die Medizin ist historisch männlich, und die Auswirkungen davon auf das Leben von FINTA*s sind bis heute spürbar. Wegen Vorurteilen gegen FINTA*s, vor allem gegen BIPoC-FINTA*s, werden ihre Schmerzen und Leiden oft nicht ernst genommen. Krankheiten werden nicht erkannt, betroffene Patient:innen erhalten nicht die Pflege, die sie benötigen. Oft müssen FINTA*s daher mehrfach in die Praxis um eine angemessene Versorgung einzufordern. Dies belastet nicht nur die betroffenen Patient:innen und verschlimmert ihr Leiden, sondern belastet auch das Gesundheitssystem.

Ein weiterer Punkt betrifft die Unterschiede zwischen biologisch weiblichen zu biologisch männlichen Körpern. Studien werden überwiegend an biologisch männlichen Körpern durchgeführt, was dazu führt, dass Medikamente und Krankheitsdiagnostiken oft nicht auf biologisch weibliche Körper zugeschnitten sind. Dies kann unerwartete Nebenwirkungen von Medikamenten verursachen oder dazu führen, dass Krankheiten bei biologisch weiblichen Körpern nicht erkannt werden.

Hinzu kommt noch die altbekannte Forderung, die immer noch nötig ist: die Kriminalisierung von Abtreibungen muss endlich abgeschafft werden! Menschen, die Kinder bekommen können, müssen selber entscheiden können, ob und wann sie ein Kind austragen möchten. Zugang zu Abtreibungen muss allen Menschen mit Uterus bedingungslos und flächendeckend zur Verfügung stehen.

Wir fordern:

- Integration unterschiedlicher Krankheitsbilder im Medizinstudium und in Fortbildungen, um das Bewusstsein für geschlechtsspezifische Gesundheitsfragen zu schärfen;
- Bereitstellung von mehr Forschungsmitteln für Krankheiten, die hauptsächlich biologisch weibliche Körper betreffen, um die Diagnose, Behandlung und Prävention dieser Erkrankungen zu verbessern;
- Verpflichtende Durchführung von Studien an biologisch weiblichen Körpern, um eine angemessene Berücksichtigung der geschlechtsspezifischen Unterschiede zu gewährleisten; Medikamente und Therapieansätze sollten besser auf die unterschiedlichen Bedürfnisse der Patient:innen abgestimmt werden;

- Abschaffung § 218 StGB und barrierearmen und kostenlosen Zugang zu Abtreibungen, egal ob in der Stadt oder auf dem Land.

<https://editionf.com/gender-health-gap-was-ist-das-eigentlich/>

<https://www.fluter.de/gender-health-gap-kurz-erklaert>

Stadt & Mobilität für Männer – kotzt uns an!

Viel zu lang war der Staat männlich: in den Kommunen, im Land, im Bund (und nein, 16 Jahre Merkel ändern daran nicht viel). Dementsprechend wurde in Männeranliegen investiert. Die Konsequenz: FINTA*s, BIPOCs und queere Menschen fühlen sich in den geschaffenen Strukturen nicht sicher und sind auch nicht sicher, wie Daten es immer wieder belegen.

Das muss ein Ende haben! Unsere Städte und Kommunen müssen die Lebensrealität ALLER in den Blick nehmen und in die Bedürfnisse aller Einwohnenden investieren. Das heißt: Städte, Dörfer und Mobilität müssen queerfeministisch und intersektional geplant werden. Dazu müssen FINTA*s, BIPOCs und queere Menschen mit an den Tisch und in die Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Es sind UNSERE Lebensräume, wir ALLE wollen und müssen an der Gestaltung teilhaben!

Um das umzusetzen, fordern wir partizipative Mobilitäts- sowie Kommunalplanung und eine ausgeglichene Vertretung aller Interessensgruppen in den zuständigen Gremien. Bei Datenerhebungen müssen die Perspektiven und unterschiedlichen Lebensrealitäten der betroffenen Gruppen berücksichtigt und angemessen dargestellt werden.

Verherrlichung von Männern im öffentlichen Raum – kotzt uns an!

Wie viele Straßennamen mit FINTA*-Personen in deinem Dorf oder Viertel kennst du? Und wie viele Statuen hast du schon gesehen, bei denen keine Männer auf Sockeln thronen? Richtig: eindeutig viel zu wenige!

Aber um das Geschlechterverhältnis bei Straßennamen sowie Denkmälern bzw. Statuen annähernd auszugleichen, müssen wir sofort handeln und dürfen keine weiteren neuen männlichen Heldenverehrungen zulassen. Es bedarf sogar eines weiteren Schrittes: Männer, die bei der Durchführung von kolonialen und sklavereibezogenen oder anderweitig menschenfeindlichen Unrechts aktiv oder duldend beteiligt waren, müssen sofort aus dem öffentlichen Raum verschwinden und durch FINTA*s ersetzt werden. Alle Orte des Gedenkens an Männer durch Namensgebungen und optische Darstellungen dieser müssen unter die Lupe genommen werden und unverzüglich ersetzt werden, sollten sie durch ihre Handlungen nicht mehr geeignet sein, solch eine Ehrung zu erfahren. Der öffentliche Raum gehört allen und es ist endlich an der Zeit, FINTA*s mindestens genauso sichtbar zu machen wie die vermeintlich ehrenhaften Männer, die an jeder Ecke weiterleben.

Globale Ungerechtigkeit – kotzt uns an!

Weltweit gesehen ist die Not nach Umverteilung noch viel ausgeprägter als in Deutschland. Nicht nur die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern muss bekämpft werden, auch das koloniale Erbe von Europa hat zu starkem wirtschaftlichen Ungleichgewicht zwischen dem Globalen Süden und dem Globalen Norden geführt. Hinzukommt die Klimakatastrophe: hauptsächlich verursacht durch den Globalen Norden, und hauptsächlich ausgebadet (manchmal im wörtlichen Sinne) im Globalen Süden. FINTA*s und marginalisierte Gruppen sind überproportional von Armut betroffen. Gleichzeitig tragen sie oft die Hauptlast der Klimakatastrophe, sei es durch Wasserknappheit, Ernteausfälle oder den Verlust von Wohnraum aufgrund von Naturkatastrophen. Für eine internationalistische queerfeministische Umverteilung muss Klimagerechtigkeit eine Priorität sein. Dies bedeutet, dass Länder und Gemeinschaften, die am wenigsten zur globalen Erwärmung beigetragen haben, angemessen unterstützt werden, um sich an den Folgen des Klimawandels anpassen zu können. Hierfür müssen Konzepte wie die Feministische Außenpolitik und Feministische Entwicklungspolitik weiterentwickelt werden und mit Leben gefüllt werden, damit sie nicht nur bloße politische Worthülsen bleiben. Das heißt, neben einer breit gefächerten Unterstützung der Betroffenen auf Augenhöhe, auch, dass wir in Deutschland und Europa uns unserer Verantwortung bewusst

werden und Konsequenzen aus der Klimakatastrophe ziehen müssen, damit es zu einer wirklichen Umverteilung kommen kann.

Sonstige Links: <https://www.fes.de/themenportal-gender-jugend/internationaler-frauentag-2022/gender-gaps>

S4 | 24-7-Pflege: Den “Grauen Pflegemarkt” austrocknen!

Die Situation in der Pflege ist mehr als angespannt. Durch den demografischen Wandel sind immer mehr Menschen im Alter auf Pflege angewiesen. Einen Teil der Versorgung pflegebedürftiger Menschen leisten 24-7-Betreuungskräfte, welche vor allem aus dem osteuropäischen Ausland nach Deutschland kommen. Vermittelt werden solche Beschäftigungen durch Pflegeagenturen und Vermittlungsagenturen, die selbst häufig im Ausland angesiedelt sind. Nur circa 10% der 700.000 Betreuer:innen arbeiten legal. Durch verschiedene Arbeits- und Vermittlungsmodelle (Arbeitgebermodell, Entsendemodell, Selbstständigenmodell) wird massiv gegen das Arbeitszeitgesetz und das Mindestlohngesetz verstoßen. Es hat sich ein “Grauer Pflegemarkt” gebildet, in dem Betreuungskräfte weit weg von zu Hause für wenig Geld unter unzumutbaren Bedingungen arbeiten müssen, während Pflegebedürftige hohe Abgaben leisten, welche zu einem großen Teil von den Pflegeagenturen abgeschöpft werden. Wir erteilen diesen Umständen eine klare Absage!

Die Jusos Thüringen fordern, dass

- die “24-Stunden-Pflege” auf eine einheitliche lückenlose rechtliche Grundlage gestellt wird. Ausbeuterische Strukturen, wie sie viele der Pflegeagenturen verkörpern, sollen abgeschafft werden, denn Gesundheit gehört nicht in die Hände gewinnorientierter Unternehmen! Es soll eine Pflegebörse (bspw. in Anlehnung an das Modell der “Münchner Pflegebörse”) eingerichtet werden, die unter der Aufsicht der Landesministerien für Gesundheit sowie des BMG steht. Agenturen sollen unter strenger rechtlicher Kontrolle stehen. Innerhalb der Pflegebörse sollen weitere Möglichkeiten der stationären Pflege bzw. Pflege zu Hause sowie Beratungsmöglichkeiten für Pflegebedürftige und deren Angehörige integriert sein, um eine vollständige Übersicht über mögliche Unterstützungsmöglichkeiten zu bekommen.
- die verschiedenen Betreuungsmodelle vereinheitlicht werden. Wir Jusos fordern ein Entsendemodell ausschließlich über kontrollierte Pflegeagenturen, welche Betreuungskräfte nur über die neu einzurichtende Pflegebörse an Pflegebedürftige vermitteln. Das bisherige sogenannte “Entsendemodell” darf keine Anwendung finden, denn kein Arbeitnehmer:innenrecht darf durch unterschiedliche Vertragsverhältnisse beschränkt oder gar aufgehoben werden. Illegale Beschäftigungsverhältnisse gehören konsequent beendet.
- Arbeit in der Pflege gerecht ist. Wir fordern sozialversicherungspflichtige Beschäftigung für alle Betreuenden und eine Anbindung der Arbeitsverhältnisse an den TVöD einschließlich der Vergütung der restlichen Tagesarbeitszeit als Bereitschaftszeit gemäß Pflegemindestlohn. Insbesondere muss es für die Betreuer:innen einen Anspruch auf Urlaubs-/Ausgleichstage geben, ebenso die Möglichkeiten einer Wohnung/Unterkunft außerhalb der 4 Wände des:r Pflegebedürftigen. Um die Versorgung des:r Pflegebedürftigen jederzeit ermöglichen zu können, muss eine Vertretung der eingesetzten Betreuer:innen bei Urlaub und Krankheit sichergestellt sein – entweder durch die Agentur selbst oder in Abstimmung mit anderen Agenturen.
- eine unabhängige Beschwerdeinstanz eingerichtet wird, welche bei Verstößen gegen eine Agentur vorgehen kann. Es soll in dem Zusammenhang die Möglichkeit geschaffen werden, das Arbeitsverhältnis aufzulösen.
- Betreuer:innen über ausreichende Qualifikationen verfügen, welche über die Agenturen angeboten oder vermittelt werden. Darüber hinaus muss es Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten geben sowie ein Schutz- und Hygienekonzept, in dem die Betreuer:innen geschult sind.
- der Bereich der ambulanten Pflege einschließlich der “24-Stunden-Pflege” (Betreuung in häuslicher Gemeinschaft) in die gesetzliche Pflegeversicherung integriert wird sowie die Kosten für den Pflegebedürftigen nicht die eines Eigenanteils bei ambulanter Pflege übersteigen. In diesem Zusammenhang ist eine sozial gerechte Ausfinanzierung der Pflegekassen unabdingbar. Eine Finanzierung über die GPV soll an die Anbindung an die Pflegebörse gekoppelt sein.

- es niederschwellige Informationen über Infoportale, Infogespräche o.Ä. für Pflegebedürftige gibt. Auch für Betreuer:innen muss über die Pflegebörse ein Informationsportal zur Verfügung gestellt werden, das über alle Vertragsgegenstände und Probleme aufklärt.
- eine Anbindung der Pflegebedürftigen an die hausärztliche Versorgungsstruktur gewährleistet ist. Hausärzt:innen sollen an der Versorgungscoordination einschließlich der Einschaltung eines ambulanten Pflegedienstes beteiligt sein.

siehe: <https://www.aerzteblatt.de/archiv/230088/24-Stunden-Betreuung-Mehr-Rechtssicherheit-gefordert>

Z1 | Eine Hymne für uns!

„Völker hört“ erklingt fast immer
Nach jeder Sitzung aus lauter Kehl'
Mal klingt es okay, mal klingt es schlimmer
Niemand macht sich daraus einen Hehl

-
Die Tradition der Internationalen
Ist ein Fest ganz ohne Gleichen
Trotz manch Textunsicherheits-Qualen
Wird die Hymne niemals weichen

-
Dieses Lied wird überall gesungen
Wo mensch Arbeiter:in und Jusos ist
Diese Einigkeit ist wohl gelungen
Doch eines wird in Thüringen stark vermisst

-
Wir wollen eine Hymne für uns ganz allein
Die zu uns passt, wie die Nelke in der Hand
Wie Bratwurst, Kloß-Fritz und saurer Wein
Eine Juso-Hymne nur für unser Bundesland

-
Lasst uns auch schmettern die Thüringer Signale
Die stets erklingen nach „Völker hört“
Und damit unser Lied zum Glanz erstrahle
Sei folgende Weisheit nicht ungehört

-
Wer nicht will singen großen Scheiß
Gründe einen Hymnen-Arbeitskreis

-
Ein Arbeitskreis à la SPD
Mit vielen Sitzung samt TO
Mit Tee, Kaffee und Canapé
Werden wir höchst tatenfroh

-
Dank Schreibcoaching und Schreibwerkstatt
Dank lange, teambildende Maßnahmen
Dank Leidenschaft, die meist ein Juso hat
Werden wir unsere Kreativität bald rahmen

-
Nur noch ausgedruckt und mitgebracht
Mit großem Orchester instrumentiert
Unsere Juso-Hymne zum Leben erwacht
Und sich landesweit schnell etabliert

-
„Völker hört“ erklingt dann noch immer
Nach fast jeder Sitzung aus jedem Mund
Doch vermissen werden wir dann nimmer
Unsere Thüringer Juso-Hymne zur späten Stund'

INI 1 | EUER REICHTUM KOTZT UNS AN. UMWERTEILUNG JETZT!

Armut führt in unserem System zum Ausschluss aus gesellschaftlichen Räumen und schränkt Millionen Menschen in ihrer sozialen Teilhabe ein. Zusätzlich verschlimmert die Inflation diese Situation ungemein. Die Preise auf Lebensmittel sind in diesem Jahr um 17 Prozent angestiegen. Und im Vorjahr, dem Vergleichsjahr, herrschte auch schon die Inflation. Diese Veränderung merken alle, nicht nur die Ärmsten, jeden Tag im Portemonnaie und auf dem Konto.

Allerdings sind die daraus resultierenden Auswirkungen nicht für alle gleich. Für immer mehr Menschen sind die Folgen dieser Inflation nicht mehr durch die Verschiebung einer privaten Anschaffung oder den Verzicht auf einen Urlaub abzufedern: Sie müssen zur Tafel gehen, befinden sich noch früher im Monat im Dispo und können sich ein "normales" Leben nicht mehr leisten. Aber es gibt auch die andere Seite: Reiche, Wohlhabende und Millionäre machen in dieser Zeit sogar noch mehr Profit. Dem reichsten Prozent gehören schon jetzt 35 Prozent des gesamten Nettovermögens in der Bundesrepublik (Zum Vergleich: der unteren Hälfte der Bevölkerung werden gerade einmal zwei Prozent zugerechnet).

Zusammengefasst ist das, was wir seit über einem Jahr erleben, eine deutliche und anhaltende finanzielle Schlechterstellung von Millionen Menschen in der Bundesrepublik. Diese schlägt besonders in den unteren Einkommensgruppen zu Buche und bei Personen, die auf staatliche Unterstützung wie BAföG, Bürgergeld etc. angewiesen sind und nicht auf private Netzwerke zurückgreifen können, die ihnen Geld geben.

Thüringen trifft diese Entwicklung besonders: Von der Erhöhung des Mindestlohnes auf 12 Euro haben hier fast ein Drittel der Arbeitnehmer:innen, mancherorts sogar über 40 Prozent profitiert. Das liegt an dem vergleichsweise großen Niedriglohnsektor, der nach der Wiedervereinigung unter freundlicher Mithilfe der CDU-Regierungen aufgebaut wurde. Die geringe Tarifbindung von 44 Prozent, mit der Thüringen auf dem vorletzten Platz der Bundesländer liegt, verschlimmert die aktuelle Situation der Arbeitnehmer:innen noch einmal deutlich. Von erfolgreichen Tarifabschlüssen, die einen Teil der Kostensteigerungen abfedern könnten, wird demnach nicht einmal die Hälfte der Beschäftigten profitieren.

Statt das Problem der steigenden Armut aktiv zu bekämpfen, sehen die bisherigen politischen Antworten lediglich Einmalzahlungen und kurzfristige Hilfen vor. Jedoch kommen diese nicht zielgerichtet bei denen an, die sie am nötigsten haben. Nachhaltige Unterstützung für Arbeitnehmer:innen sucht man vergebens. Stattdessen werden bereits jetzt die sprachlichen Grundlagen dafür gelegt, was in den kommenden Monaten und Jahren die Agenda bestimmen soll: Bereits jetzt werden stockende Steuereinnahmen herbeigeredet - ganz vorn dabei wie immer CDU und FDP. Wieder soll es den sozialen Bereich treffen: Verhinderung der Kindergrundsicherung, Heraufsetzen des Rentenalters und Kürzungen jeglicher Demokratie- und Gegen-Rechts-Projekte. Als vornehmlicher Selbstzweck dient die Schuldenbremse und die Verringerung bzw. Verhinderung von Neuverschuldungen. Reaktionäre und Neoliberale wittern ihre Chance und meinen selbstgefällig: Die fetten Jahre sind vorbei. Aber eben diese fetten Jahre gab es in diesem Land für Millionen Menschen nie. Das zeigt, wir befinden uns bereits mitten in einem gesellschaftlichen Verteilungskampf, getreu dem neoliberalen Mantra: Kürzen wir den Sozialstaat zur Rettung der Wirtschaft. Dieser Erzählung erteilen wir eine Absage. Wir sagen: Die fetten Jahre kommen erst noch. Für die Vielen und nicht mehr nur für das Kapital!

Wir stellen uns gegen jeden Sozialabbau! Es braucht mehr Sozialstaat und nicht weniger, damit er leisten kann, was er eigentlich jetzt schon tun müsste: Ein Leben für alle ohne Existenzängste und Armut. Wir haben die neoliberale Politik schon immer kritisiert und haben uns in den 2000ern auch gegen unsere eigene Partei gestemmt und sollte die SPD noch einmal kippen -kämpfen wir dagegen an! Wir sagen: "Nicht noch einmal, nicht mit uns!" Das Problem heißt Kapitalismus. Es müssen endlich diejenigen maßgeblich an den Kosten beteiligt werden, die nur durch die Ausbeutung anderer ihr Vermögen aufbauen konnten.

Wir sind bereit für diesen Verteilungskampf und wir werden die Stimme der "Generation Krise" sein! Wir werden Verantwortung übernehmen und die Interessen von Auszubildenden, Schüler:innen, Studierenden und allen jungen Menschen in die Politik bringen - auch in den Thüringer Landtag! Deshalb fordern wir von der SPD Thüringen einen Listenplatz unter den ersten fünf für unsere Spitzenkandidatur!

Die Notwendigkeit gesellschaftlicher Umverteilung und die Verteilungsfrage werden wir zu einem Hauptthema im Landtagswahlkampf machen.

Denn euer Reichtum kotzt uns an.

INI 2 | Menschenunwürdige Zustände bei der Unterbringung von Geflüchteten beenden!

Wieder einmal ist die Diskussion um Migration in vollem Gange. Rechte und konservative machen Stimmung und hetzen. Sie versuchen den Leuten weiß zu machen, dass Sie die Gemeinschaftsunterkunft mehr kostet, als beispielsweise die Milliarden die jedes Jahr an der Erbschaftssteuer vorbeigeschmuggelt werden.

Dieser Zustand ist nicht hinnehmbar. Menschen müssen auch wie Menschen behandelt werden. Das dies überhaupt diskutiert und verteidigt werden muss verdeutlicht den absolut Menschenunwürdigen Zustand dieser Debatte.

Ereignisse, wie das Feuer in Apolda bei dem ein junges Kind starb dürfen nicht sein. Worte, die scharf genug sind, die Situation in Unterkünften zu verurteilen gibt es nicht. Wir als Gesellschaft machen uns schuldig, indem wir Schutzsuchende wie Kriminelle behandeln und ihnen weniger Rechte zusprechen, als „Deutschen“ Mitmenschen.

Es braucht verpflichtende Mindeststandards für die Unterbringung von Geflüchteten und damit eine grundlegende Veränderung der **ThürGUSVO** (Thüringer Gemeinschaftsunterkunfts- und Sozialbetreuungsverordnung).

Die Jusos Thüringen fordern dahingehend:

Menschenwürdiges Wohnen für alle!

Die dezentrale Unterbringung von Geflüchteten muss in allen Kommunen möglich sein. Das Land und der Bund müssen hier die nötigen finanziellen Mittel bereitstellen

Die Mindeststandards müssen verbindlich für alle Unterkünfte jeder Art in Thüringen gelten. Egal ob Gemeinschaftsunterkunft oder Erstaufnahmeeinrichtung. Es soll mindestens mit einer Fläche von 10m² pro Person gerechnet werden. Die aktuellen 6m² sind ganz klar zu wenig. Alleinstehende Personen sollen maximal in zweier Zimmer untergebracht werden. Dabei muss Rücksicht genommen werden auf Lebensstil (z.B. Schichtarbeit) und besondere Schutzbedarfe. Eine räumliche Abgrenzung, um ein Mindestmaß an Privatsphäre zu ermöglichen muss gewährleistet werden.

Familien müssen immer in einem eigenen Zimmer untergebracht werden. Es müssen genügend Bäder und Küchen mit allen nötigen Bestandteilen zur Verfügung gestellt werden, sodass sich nie mehr als 4 Personen diese teilen müssen. Familien müssen immer über ein eigenes Bad verfügen. Weiter müssen sie sich die Küche mit maximal einer weiteren Familie teilen müssen.

Unterkünfte dürfen nicht in die Peripherie verbannt werden. Ein Zugang zur Versorgung mit Bedarfen des täglichen Lebens muss mit dem ÖPNV gewährleistet sein. Schulen, Supermärkte, Arztpraxen, Poststellen, Behörden etc. müssen von der Unterkunft aus in einer für die Region üblichen Zeit mit dem ÖPNV erreichbar sein.

Unterkünfte dürfen im Regelfall eine Größe von 30 Personen nicht überschreiten. Zu große Unterkünfte machen sinnvolle Sozialbetreuung durch Sozialarbeiter:innen unmöglich. In Ausnahmen müssen Unterkünfte über 30 Menschen intern eine organisatorische Trennung in Teile mit maximal 30 Menschen vollzogen werden. Außerdem können sehr große Unterkünfte dafür genutzt werden, große Zahlen Geflüchtete an einem bestimmten Ort unterzubringen, um sie aus dem weiteren Stadtbild herauszuhalten. Das muss verhindert werden.

Es braucht einen festen Mindest-Schlüssel von Sozialarbeiter:innen mit eigenem Büro in der Unterkunft. An vielen Orten haben sich Schlüssel von 1:100 oder sogar mehr etabliert. Wir fordern, dass solch ein Schlüssel 1:15 nicht überschreiten darf. Außerdem sollte dieses Büro acht Stunden am Tag und fünf Tage die Woche besetzt sein, damit Bewohner:innen unabhängig von Arbeitszeiten die Angebote zur Beratung nutzen können. Jedes Büro muss mit einer Möglichkeit zum Videodolmetschen ausgestattet sein.

In jeder Unterkunft muss es Gemeinschaftsräume und Kinderspielzimmer geben, die für alle zugänglich und gut ausgestattet sind. Der Zugang zu Sporträumen muss gewährleistet werden.

Die Sicherheit der Unterkünfte muss immer gewährleistet sein. Die Brandmeldeanlage muss genauso wie bei einem Studierendenwohnheim direkt an die lokale Leitstelle angeschlossen sein.

Wohnpflicht in Sammelunterkünften streichen! §49 Abs. 2 Asylgesetz nutzen!

Jemand der über Bekannte, Freunde, Verwandte oder auf anderem Wege die Möglichkeit hat während seines Asylverfahrens privat unterzukommen, soll diese Möglichkeit auch nutzen können. Dies entlastet Betroffen und Unterkünfte.

Wir verurteilen den Migrationspolitischen Kurs der Bundesregierung aufs schärfste!

Das Innenministerium ist nun in SPD-Hand aber Seehofers Geist lebt ganz eindeutig weiter. Massenabfertigung durch Grenzverfahren und die Ausweitung der Anzahl der sicheren Drittstaaten sind Ideen, die nichts mit folgendem Satz aus dem Koalitionsvertrag der Ampel zu tun haben:

„Wir wollen die illegalen Zurückweisungen und das Leid an den Außengrenzen beenden.“ Das Leid an den Außengrenzen wird aktuell nicht bekämpft sondern vorangetrieben.

Wir positionieren uns ganz klar gegen die geplanten Lager an den EU-Außengrenzen. Haft darf nicht die Antwort auf die Suche nach Schutz sein!

Wir verurteilen Nancy Faeser und die Bundesregierung für ihre Zustimmung im Innenminister:innenrat der EU am 8. Juni 2023 zu den Plänen der EU Asylgrenzverfahren

Wir fordern jede:n innerhalb der SPD Thüringen dazu auf sich klar gegen diese Pläne zu positionieren.